

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Informat“, Allgemeine Informaten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurzfürk 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einchl. Ergeb. d. in Berlin u. Orten m. eig. Postoff. Postbezugs auschl. Postgeb. 2,60 M.; Streifenband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8sp. Zeil. Millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan. u. Familienorg.: Millimeter, 20 Pf. Kleine Anz.: Zeitwort 20 Pf., Ueberwacht. 30 Pf., Arbeitmarkt: Wort 5 Pf.

Marchsbereit gegen Hitler und Severing!

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die Präsidentschaftswahlen sind vorüber. Hitlerpartei und Hindenburg-SPD. erheben ein großes Siegesgeschrei. Aber die Not und maßlose Ausplünderung der Arbeiterschaft und der Werktätigen in Stadt und Land, die Unfreiheit, die faschistische Reaktion, die Knechtung durch das internationale Finanzkapital und die imperialistische Kriegshetze sind geblieben. Kein Erwerbsloser hat einen Bißchen mehr Brot als vor dem 10. April, keinem aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, die seit Monaten, die seit Jahren auf dem Straßenpflaster liegen, öffnet sich das Tor zu den Betrieben. Keinem Betriebsarbeiter wird am kommenden Sonntag ein Pfennig mehr in die meagre Lohnkiste gesteckt. Kein Beamter und Angestellter erhält pünktlicher oder mit geringeren Abzügen sein Gehalt. Mittelständler und arme Bauern werden nach wie vor mit Wuchersteuern belastet. Die Obdachlosen bleiben ohne Dach überm Kopfe. Die ungezählten kinderreichen Proletarierfamilien, die in elenden Kellerlöchern, in Schuppen und kleinen Lauben zusammengedrückt haften müssen, bekommen nach wie vor keine menschenwürdige Wohnung. Die Läger sind vollgestopft, aber die Armen in Deutschland, die riesige Millionenschar der Werttätigen kann sich nach wie vor nichts kaufen. Der Hunger bleibt, die Not bleibt, die Ausbeutung bleibt.

Alle Parteien der Bourgeoisie haben bei der vergangenen Wahl mit heuchlerischen Versprechungen die Massen zu tödlichen verführt. Hitler war es, der ein „Reich der Macht und Herrlichkeit“ durch die Präsidentschaftswahl verhieß. Der SPD-Führer Soltmann war es, der das Versprechen abgab: „Zwanzig Millionen für Hindenburg — das sind Arbeit für eine Million Erwerbslose in Deutschland!“

Alle Versprechungen der bürgerlichen Klassenfront, von den Nazis bis zur SPD., erwiesen sich als Lug und Trug. Nur die Kommunistische Partei hat offen und unverblümt den Massen die Wahrheit gesagt. Nur die KPD. hat ihnen in den vergangenen Wahlkämpfen eingehämmert, daß niemals der Stimmzettel eine Linderung ihrer Not, eine Durchführer ihrer wichtigsten Forderungen bringen kann, sondern nur der entschlossene einheitliche revolutionäre Kampf der Massen!



Die KPD. hat einen schweren Kampf bestanden. Manmüdig und als bewußtes Manöver gegen die revolutionäre Bewegung führte die Bourgeoisie vor den bevorstehenden Preußenwahlen und den Landtagswahlen in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt, die Präsidentschaftswahlen durch. Die Bourgeoisie wußte, daß bei Präsidentschaftswahlen das Aufgebot der Millionen für die Klassenkandidatur der KPD. schwächer als bei jeder Parlamentswahl ausfallen würde, weil nur solche Arbeiter ihre Stimme für die revolutionäre Kandidatur abgeben würden, deren Klassenbewußtsein schon zu einem Höchstmaß revolutionärer Klarheit gediehen war. Die Bourgeoisie rechnete damit, daß beim zweiten Wahlgang auch zahllose revolutionäre Arbeiter der Wahlurne fernbleiben würden, von der irrigen Einstellung ausgehend, daß das Resultat ohnehin feststehe und der zweite Wahlgang nur noch eine Stichwahl zwischen Hindenburg und Hitler sei. Die Bourgeoisie hoffte, auf Grund dieser Stimmungen beim zweiten Wahlgang einen Einbruch der Hitler- und Hindenburgparteien in die Anhängererschaft der KPD. erzielen zu können. Die Bourgeoisie spekuliert darauf, mit dem Wahlergebnis der Präsidentschaftswahlen den revolutionären Plan, die revolutionäre Offensive der Kommunistischen Partei bei den bevorstehenden Preußenwahlen und sonstigen Parlamentswahlen schwächen zu können.

Der Versuch des Einbruchs der Hitler- und Hindenburgparteien in die Front des Kommunismus wurde abge schlagen. Von den fünf Millionen kommunistischen Wählern vom 13. März ging ein großer Prozentsatz am 10. April nicht zur Wahl. Nur ein sehr geringfügiger Teil ließ sich trotz des ungeheuren Aufgebots an strupellose Agitation, gefälschten Flugblättern, schmutziger Verleumdungen der Gegner dazu verleiten, einem oder dem anderen Kandidaten der Bourgeoisie ihre Stimme zu geben. Daß es schwerlich gelingen könnte, die Stimmen vom 13. März am 10. April zu halten, hat die KPD. mit nüchternen Klarheit vor der Wahl in ihren Versammlungen und in ihrer Presse ausgesprochen. Die Tatsache aber, daß der wüste Insult der Klassenfeinde, die mit dem Einzug aller Machtmittel des kapitalistischen Staatsapparates, mit einer Million und aber Millionen verschlingenden Papierflut von Flugblättern, Zeitungen, Plakaten, mit Rundfunk, Kirche, Schule, Polizei, mit Fälschung und Verleumdung gegen uns hetzen, abgeschlagen werden konnte, ohne daß ihnen, von einigen wenigen Ausnahmen an einzelnen Stellen Deutschlands abgesehen, ein Einbruch gelang, — diese Tatsache ist ein Erfolg des zähesten, unermüdeten Kampfes unseres

Scheringer zu 2 1/2 Jahren Zerstörung verurteilt

Verhärteter Strafvollzug? — Kämpft um die Freiheit Scheringers und der 7000!

Leipzig, 11. April. (Sig. Draht.) Heute mittag, kurz nach 12 Uhr, verkündete der Vorsitzende des 4. Strafsenats des Reichsgerichtes, Reichsgerichtsrat Baumgarten, das barbarische Urteil gegen den Genossen Richard Scheringer. Gemäß dem Antrag des Staatsanwaltes hat das Gericht den Genossen Scheringer wegen Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu 2 Jahren 6 Monaten Zerstörung verurteilt.

Unser Genosse nahm das Urteil mit einem Schrei entgegen und wurde nach Verlesung der Urteilsbegründung in das Untersuchungsgefängnis abtransportiert, wo er noch einige Tage bleiben wird, bis eine Festung ausfindig gemacht ist, in der der verhärtete Strafvollzug, wie ihn Baumgarten heute ankündigte, durchgeführt werden kann.

In der einstündigen Urteilsbegründung erklärte Baumgarten, daß dem Angeklagten alle mildernden Umstände restlos zu verjagen seien, weil er wegen Hochverrats bereits vorbestraft sei und während der Verbüßung der ersten Strafe schon das zweite „Verbrechen“ begangen habe. Scheringer habe erklärt, er hätte keine Ehrfurcht vor der Strafe, aber die hätte von ihm als „gebildetem“ Mann erwartet werden müssen!

Sodann bereitete Baumgarten eine besonders scharfe Handhabung des Strafvollzugs gegen Scheringer vor mit

der Erklärung, daß der Strafvollzug sehr human gewesen sei, in Gollnow vielleicht zu human!

Als strafverhärtendes Moment wagt der Vorsitzende anzuführen, daß Scheringer nicht aus „vaterländischen Motiven“ gehandelt habe. Mit dieser Behauptung ist der Zweck verbunden, die Wirkung des Uebertretens Scheringers zur KPD. und des Prozeßes auf jene Kreise abzuwachen, die noch in nationalen Vorurteilen befangen, aber doch ehrlich antifaschistisch eingestellt sind und darum nicht weit davon entfernt sind, dem Faschismus den Rücken zu kehren.

Hetzig bedauerte Baumgarten, Scheringer nicht ins Gefängnis schicken zu können: „Der Senat hätte kein Bedenken getragen, die Notverordnung vom Oktober 1931 anzuwenden, die die Verurteilung von Hochverrätern auch bei Ueberzeugungstätertschaft zu Gefängnisstrafen zuläßt. Da jedoch die Handlungen Scheringers vor jener Notverordnung liegen, bietet sich dazu keine Handhabe.“



Das infame Leipziger Scheringer-Urteil, von einer Justiz gefällt, die kein Haltenverbrechen bestraft, wird die Arbeiterbewegung der Roten Hilfe nur noch stärker entschärfen, es wird den Ruf der proletarischen Millionenmassen nur noch lauter erklingen lassen: Heraus mit Scheringer! Heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

(Siehe auch Hauptblatt Seite 4.)

Mittwoch alles in den Sportpalast!

Ernst Thälmann spricht

über Roter Sturm gegen Preußen

Macht diese Kundgebung zu einem Massenschlag gegen Hitler und Severing!

Partei und der revolutionären Arbeiterschaft. Wo diese Abwehr nicht gelang, ist dies auf die ungenügende außerparlamentarische Kampfmobilisierung zurückzuführen.

Den hunderttausenden roter Wahlhelfer, allen, die uns tapfer zur Seite standen, die in den kurzen Tagen der legalen Wahlkampagne, eingengt durch den Osterburgfrieden und die übrigen Gewaltmaßnahmen der Bourgeoisie, ein Höchstmaß an revolutionärer Pflichterfüllung leisteten, gilt die Anerkennung und der Dank der Partei.



Bourgeoisie und SPD. spekulieren darauf, mit der Tatsache, daß bei Präsidentschaftswahlen für die Klassenkandidatur der KPD. ein geringeres Aufgebot an kommunistischen Stimmen als bei üblichen Parlamentswahlen erzielt werden konnte, nun den Angriffsgedanken der revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen bei den Wahlen vom 24. April, sowie in der gesamten außerparlamentarischen Kampfmobilisierung beeinträchtigen zu können. Aber Hunderttausende von Kommunisten, Millionen und aber Millionen revolutionärer Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter und notleidender Werttätiger in Stadt und Land, werden ihnen in den kommenden Wochen einen tüchtigen Strich durch die Rechnung machen! Die KPD. durchkreuzt diese demagogischen Manöver, Tricks und Antisse der hiesigen Strategie. Die KPD. stand am Morgen nach dem 10. April und steht heute und jeden Tag marschbereit zu neuer Offensive, zu neuem Vormarsch und neuen Angriffen im Interesse aller Unterdrückten im Lande. Jeder Kom-

munist, jeder rote Wahlhelfer, jeder Klassenbewußte Arbeiter, Jungarbeiter und Werttätige kennt die große Verantwortung der nächsten Tage und Wochen.

Die Preußenwahlen, die Wahlen in den übrigen Ländern, insgesamt auf fünf Sechsteln Deutschlands müssen zu einer wichtigen Abrechnung mit dem verbrecherischen System der kapitalistischen Mißwirtschaft, mit der brutalen Notverordnungsdictatur der Bourgeoisie, mit dem faschistischen Terrorprogramm der Hitlerpartei und dem sozialfaschistischen Betrugsmanöver des „kleineren Übels“ ausgenutzt werden.

Die Wahlkampagne dieser und der nächsten Woche, die von der gesamten Partei in allen revolutionären Massenorganisationen mit einem Höchstmaß revolutionärer Energie und Leidenschaft, in kühnem kühnen Angriffsgedanken geführt wird, muß dazu dienen, breiten Massen der Arbeiter und Werttätigen Klarheit über den Weg und über die Politik der KPD. zu verschaffen. Diese Wahlkampagne muß dazu benutzt werden, Millionen von Arbeitern und Werttätigen in ganz Deutschland die Augen darüber zu öffnen, auf welchem Wege und mit welchen Methoden sie allein gegen ihr Elend, ihre Unfreiheit und für ihre eigenen Lebensforderungen zu kämpfen vermögen.

Wie kann der Faschismus geschlagen werden? Diese Frage, auf die allein die Kommunistische Partei eine Antwort des wirklichen Kampfes zu geben vermag, beschäftigt heute Millionen von Arbeitern und Werttätigen, die noch in den Reihen der Sozialdemokratie und des Zentrums,